



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 22.01.2015

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Bode
Frau Stadträtin Bopp
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Gutermann
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Dr. Rahm
Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

entschuldigt:

Herr Stadtrat Pfender
Frau Stadträtin Sonntag

Verwaltung:

Frau Biemann, Stadtplanungsamt
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg
Herr Kopf, Hochbauamt
Frau Krug, Schriftführung
Frau Länge, Ordnungsamt
Frau Leonhardt, Kämmerei
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Frau Schuster, Bauverwaltungsamt
Herr Ortsvorsteher Wachter, Mettenberg
Herr Walz, Gebäudemanagement
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt
Frau Voitun, Hochbauamt

Gäste:

Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Fetzer- Top 1
Herr Metzger
Schwäbische Zeitung
Biberach Kommunal

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung	242/2014
2.	Ausbau Verbindungsweg Hans-Liebherr-Straße/Breslaustraße (Bahnradweg) - Info Vergabe	254/2014
3.	Vollausbau Talfeldstraße in Biberach - Vorstellung Planung	265/2014
4.	Vergabe von Turnusarbeiten für das Rechnungsjahr 2015	266/2014
5.	Attraktivierung des Busverkehrs Antrag der Freien Wähler vom 05.06.2014 (Ziffer 4 - AT 26/2014)	269/2014
6.	Kindergarten St. Nikolaus Mozartstraße Erweiterung Kostenfeststellung	261/2014
7.	Verschiedenes	

Die Mitglieder wurden am 12.01.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 14.01.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung so-
wie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung**

242/2014

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 242/2014 zur Vorberatung vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt BM Kuhlmann Herrn Fetzer, Planer des Herrn Zell.

BM Kuhlmann erklärt, dass, wie allen bekannt ist, die vorhandene Hofstelle von Herrn Zell in Rissegg zu einem Biomassehof in Rissegg erweitert werden soll. Durch die Erweiterung zum Biomassehof soll das Hofgut Zell langfristig wirtschaftlich betrieben werden können.

Grundsätzlich handelt es sich um eine positive Angelegenheit, die vom Ortschaftsrat begleitet wurde. Es gibt aber viele Problempunkte, die abzarbeiten sind. Das Ganze war kein einfacher Entscheidungsprozess, vor allem für den Ortschaftsrat. Bei dem Verfahren wurde frühzeitig mit der Bürgerbeteiligung begonnen und mit viel Aufwand betrieben. So können nicht alle Projekte begleitet werden. Es gilt nun, die rechtlich definierten Schutzansprüche zu benennen. Das Vorhaben darf nicht in Konflikt mit den benachbarten Wohngebäuden kommen. Die zukünftige Entwicklung von Rissegg soll durch das Projekt nicht eingeschränkt werden. Um einige Punkte zu klären wird ein öffentlich- rechtlicher Vertrag zwischen den Betreibern und der Stadt Biberach geschlossen. Die Verbreiterung der Straße hat mit dem Vorhaben selbst nichts zu tun. Der Ortschaftsrat hat dem Bebauungsplan einstimmig zugestimmt. Es gibt aber noch einige Punkte zur Prüfung, die nicht in der Vorlage enthalten sind, da die Verwaltung sie kurzfristig erhalten hat.

Herr Zell ist entschuldigt, da er krank ist. An seiner Stelle ist Herr Fetzer als Planer hier um Stellung zu nehmen. Vom Ortschaftsrat sind weitergehende Forderungen gekommen, die aber nicht zur Bedingung für den Bebauungsplan gemacht werden können. Vom Ortschaftsrat gefordert wird, dass die Zufahrtsstraße auf 5 m ausgebaut wird und dieser Bereich einen separaten Geh- und Radweg erhält. Diese Forderung ist nicht aus dem Verkehrsplan abgeleitet. Einige Forderungen sprengen die Kosten nach oben und können nicht mitgetragen werden. Eine weitere Forderung ist, dass der Schwerlastverkehr in diesem Bereich bereits ab 7,5 Tonnen definiert wird. Würde man dieser Forderung nachkommen, könnte nicht mal die Stadt selbst anliefern. Außerdem möchte der Ortschaftsrat dass seine Anlieferung lediglich von 8 bis 12.00 Uhr und von 13.00 bis 15:30 Uhr, samstags 7 bis 13 Uhr stattfinden kann. Der Baubetriebshof benötigt noch eine Zeitspanne von 16:30 bis 18:00 Uhr. Die grundsätzlichen Betriebszeiten sollen 7:00 bis 17:00 Uhr betragen. Da kann die Verwaltung mitgehen. Wegen den Schallemissionen insbesondere wegen des Schrätters soll eine Lärmschutzmauer Richtung Rißegg gebaut werden. Der Ortschaftsrat fordert, dass diese Mauer noch höher gebaut wird, als im Gutachten angedacht. Außerdem möchte der Ortschaftsrat verschiedene Heckenpflanzungen als Sichtschutzmaßnahmen haben.

Herr Fetzer erklärt, dass die Bäume wie beabsichtigt gepflanzt werden sollen. Es handelt sich dabei um heimische Bäume wie z. B Walnussbäume. Diese Walnussbäume haben außerdem den Zweck, die Mücken zu vertreiben, was insbesondere bei dem Reit- und Pferdebetrieb von Herr Zell von Vorteil ist. Der Bauherr ist aber grundsätzlich gerne bereit eine Hecke zu pflanzen.

Die oben genannten Maßnahmen sind, sofern sie mitgetragen werden können, bereits im Betreiberkonzept welches ins Internet gestellt wird, enthalten.

StR Kolesch ist der Meinung, dass es sich bei dem Verfahren um ein idealtypisches Objekt der Energiewende handelt. Vom Grundsatz her kann man nicht gegen ein solches Projekt sein. Bisher wurde das Projekt allerdings emotional aufgeladen in der Bevölkerung diskutiert.

StR Keil erklärt, dass Wohnen und Landwirtschaft sich in der Ortschaft weiterentwickelt. Die Landwirtschaft verändert sich und man muss den Landwirten hierzu auch Gelegenheit geben. Unter energiepolitischen Gründen ist das Projekt sehr sinnvoll. Die Art und Weise der Verwaltung, wie die Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt wurde, ist vorbildlich. Er lobt die Vorlage, in der nichts beschönigt wurde. Er stellt die Frage, ob die Größe der Anlage so bleibt oder eventuell sogar noch erweitert wird. Ihn interessiert, ob es mit ähnlichen Anlagen, die sich in der Nähe befinden, Erfahrungen gibt in Bezug auf den Lärm usw.

StRin Bopp ist der Ansicht, dass Herr Zell alles unternommen hat, um die Anlage betreiben zu können. Insbesondere wurden alle Gutachten vorgelegt. Herr Zell zeigte sich sehr kooperativ. Sie fände es von Vorteil, wenn die Nahwärme auch tatsächlich vor Ort genutzt werden könnte. Ihre Fraktion stimmt dem Vorhaben zu. Sie schlägt vor, eine Übersicht im Biko zu veröffentlichen, damit die Bürger einen Überblick haben.

StR Wilhelm spricht sein Lob an die Verwaltung aus für die frühe Bürgerbeteiligung. Er hat bereits vor 2 Jahren eine Ökobilanz angemahnt, hierrüber ist aber in der Vorlage leider nichts enthalten. Er schlägt einen alternativen Standort vor. Seiner Ansicht nach wäre z. B die Kiesgrube in Rissegg oder eine Fläche bei der Tierkörperbeseitigungsanstalt Warthausen besser geeignet. Seine Fraktion wird vorbehaltlich einiger Fragen grundsätzlich zustimmen. Er hat Bedenken wegen der Raumordnung. Außerdem interessiert ihn die Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes beim Landratsamt Biberach. Die Fragen 3, 4 und 5 auf Seite 32 der Vorlage wurden nicht beantwortet. Außerdem wundert er sich, dass keine Stellungnahme von der Bischof-Sproll-Schule vorliegt. Er möchte wissen, ob die Schule überhaupt gehört wurde und die Möglichkeit hatte, sich zu dem Projekt zu äußern.

StR Braig betont, dass der Ortschaftsrat mit Einschränkungen zugestimmt hat. Er bittet darum, die Zusagen in der Vorlage aufzunehmen und dann die Angelegenheit erneut im Ortschaftsrat zu besprechen. Er fordert, dass es für den Verbindungsweg eine Regelung bis zum Satzungsbeschluss gibt.

StR Heinkele ist erstaunt über die Stellungnahme von StR Wilhelm als Grüner. Seine Fraktion ist sehr froh darüber, dass kein Mais bei der Anlage eingesetzt wird. Er geht davon aus, dass alle Fraktionen hier einheitlich froh darüber sind. Seine Fraktion ist dafür, die Forderung des Rad- und Fußweges zu streichen.

StR Weber ist erfreut über die Anlage. Er betont, dass es sich um keine Landwirtschaft mehr handelt, sondern um ein Gewerbe/ Industrie. Seine Fraktion wird der Anlage grundsätzlich zustimmen.

OV Imhof erkundigt sich, wie viele Autos fahren. Er möchte eine Aussage, ob die Buchten ausreichen oder ob eine Verbreiterung der Straße notwendig ist.

BM Kuhlmann erklärt, dass es hierzu das Gutachten gibt. Bei der Kreisstraße ist bereits jetzt eine niedrige Anzahl von Autos, wie es für eine Kreisstraße üblich ist. Die Anzahl wird sich nur margi-

nal erhöhen. Dies ergibt sich aus dem Gutachten. Laut Gutachter reichen die Buchten aus und eine Verbreiterung der Straße ist nicht notwendig. Der Ortschaftsrat hat eine Anlage in Langenau besichtigt und war von dieser Anlage überzeugt. Wie die Regelung für den Verkehr auf dem Verbindungsweg sein wird, wird er mit dem Ordnungsamt besprechen. Ein alternativer Standort kommt für den Bauherren nicht in Frage. Er hat bereits ein Grundstück mit einem Wohnhaus und einem Pferdebetrieb und genügend Flächen. Die Versetzung in die Kiesgrube wäre das K. O. für den Investor.

Die Fragen 3, 4 und 5 von Seite 32 der Vorlage wurden nicht beantwortet, weil sie Sache des Immissionsschutzverfahrens sind.

Herr Fetzer beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Die Größe der Anlage hat sich so ergeben, das die Anlage effizient sein muss. Würde man die Anlage verkleinern, müsste z. B die Gebühr bei der Grüngutabgabe erhöht werden. Diese Kosten würden deutlich steigen.

Die Fragen im Bezug auf das Wasserwirtschaftsamt kann er beantworten, sind aber nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Bischof-Sproll-Schule im Rahmen der Bürgerbeteiligung die Möglichkeit hatte, sich zu äußern. Die Schule wurde nicht extra angeschrieben, dies war auch nicht notwendig.

OV Imhof erläutert dass der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt hat. Dies auch in dem Bewusstsein, dass Herr Zell alternativ als Landwirt eine Biogasanlage oder einen Schweinestall erstellen könnte. Diese Option hat er noch immer.

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:

1. Die nachfolgenden Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange werden gebilligt.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Biomassehof mit Vergärungs- und Kompostierungsanlage“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 911/71 vom 07.10.2014, Index 1 im Maßstab 1:500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.

**TOP 2 Ausbau Verbindungsweg Hans-Liebherr-Straße/Breslaustraße
(Bahnradweg) - Info Vergabe**

254/2014

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 254/2014 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass er sehr erfreut über den Ausbau ist.

Er verweist auf die Vorlage.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 265/2014 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann verweist auf die Vorlage und übergibt das Wort an Herr Rechmann.

Herr Rechmann erläutert die Maßnahme anhand von Plänen. Bei einer bestehenden Fahrbreite von circa 5 m sind zur Ausweisung von Stellplätzen die dafür notwendigen Flächen teilweise auf dem 2 m breiten Gehweg aufmarkiert. Vorgesehen ist nun die komplette Erneuerung der Fahrbahn. Wie schon im Bestand vorhanden, ist in der Talfeldstraße ein einseitiger Gehwegausbau geplant. Durch die Verbreiterung der Fahrbahn um 0,50 m ist in Zukunft das Parken auf der Fahrbahn ohne Mitbenutzung des Gehweges möglich. Die Linienführung der neuen Straße richtet sich im Wesentlichen nach dem bestehenden Straßenverlauf.

Von den Bewohnern wurde die Baumaßnahme im Grundsatz positiv bewertet. Zwei Anwohner äußerten sich negativ zum Ausbau mittels Tiefbord (derzeit Hochbord) und der Verbreiterung der Straße auf 5,50 m. Er geht davon aus, dass auch diese zwei Anwohner nach Fertigstellung der Maßnahme zufrieden sind und die Vorteile hier erkennen.

StR Hagel gibt seine Zustimmung zu der Maßnahme. Das Ganze ist sehr sinnvoll.

StR Rahm interessiert sich dafür, wann der Ausbau insgesamt fertig ist.

StRin Gutermann findet die Maßnahme prima. Sie bittet darum, dass die Telekom und die ewariss ihre Maßnahmen im Vorfeld abschließen.

StR Weber befürwortet den Einbau eines Tiefbords. Anstatt der Verbreiterung des Gehweges hätte er aber lieber die 0,5 m bei der Grünfläche belassen.

StR Braig spricht sein Lob für das Tiefbauamt für die Umsetzung aus. Die Zusammenarbeit mit den Leitungsträgern muss natürlich klappen.

Herr Rechmann erläutert, dass die 0,50 m auch bei der Grünfläche verbleiben könnten. Es handelt sich allerdings um einen Fußweg in Richtung Kindergarten. Nach Fertigstellung dieses Vollausbaus ist die Gesamtmaßnahme fertig.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Baumaßnahme für den Vollausbau eines Teilstückes der Talfeldstraße im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme "Vollausbau eines Teilstückes der Talfeldstraße" durchzuführen.**

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 266/2014 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann verweist auf die Vorlage und bittet gegebenenfalls um Fragen.

StR Heinkele erkundigt sich, warum die Aufträge für die Turnusarbeiten für Stadt und Hospital immer an die gleiche Firma gehen.

Herr Walz erklärt, dass die beiden Aufträge früher unterschiedlich vergeben wurden. Die Handwerker haben sich dann beschwert da es sich bei dem Auftrag vom Hospital um einen sehr geringen Auftrag handelt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Jahresarbeiten 2015 werden gemäß den Turnusbestimmungen an die in Anlage 1 genannten Unternehmen übertragen.

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 269/2014 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann verweist auf die Vorlage und bittet gegebenenfalls um Fragen.

StR Heinkele erkundigt sich nach Zahlen der Stadtwerke. Insbesondere das Grundstück gegenüber den Stadtwerken direkt an den Bahngleisen, erscheint ihm geeignet für eine Erweiterung des ZOB

Außerdem möchte er wissen, was mit den Fernbussen geschieht.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Fläche bei der ehemaligen Firma Gastel untersucht wird. Der jetzige Zustand am zentralen Omnibusbahnhof ist problematisch. Es ist nicht damit getan, einzelne Busspuren zu verlegen. Der ZOB ist durch Stadtbuslinien, Regionalbusverkehr, Wartende, Fußgänger und radfahrer äußerst stark frequentiert. Es fehlt an weiteren Plätzen und ausreichend raum für Wartende. Zusätzlich wäre eine Trennung von Rad- und Fußverkehr notwendig. Insbesondere in den Spitzenzeiten kann es zu kritischen Situationen kommen. Wir denken darüber nach, den ZOB neu zu positionieren. Dazu brauchen wir aber das Gelände der Bahn. Die Verhandlungen laufen seit einigen Jahren. Wir hoffen, in diesem Jahr zu einem guten Ergebnis zu kommen

StR Kolesch bittet um eine zukunftsweisende Lösung. Es muss eine neue Konzeption des ZOB her. Die CDU hat bereits vor einiger Zeit den Antrag auf einen Park und Ride Parkplatz auf der Fläche gegenüber den Stadtwerken gestellt.

StRin Kübler ist der Ansicht, dass die Fläche in der Freiburger Straße aber nicht barrierefrei ist. Sie bittet um ein mittelfristiges Konzept. Dabei hält sie die Weiterentwicklung der Vollmerstraße sehr wichtig.

StR Wilhelm möchte wissen, ob der vorgesehene 20 min. Takt bei den Bussen auch die Ortsteile und nicht nur die Stadtteile betreffen.

BM Kuhlmann erklärt, dass der vorgesehene 20 min. Takt bei den Bussen auch die Ortsteile und nicht nur die Stadtteile betreffen.

BM Kuhlmann erklärt, dass dies Sache der Stadtwerke ist.

Nach kurzer Diskussion nimmt der Bauausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 6 Kindergarten St. Nikolaus Mozartstraße
Erweiterung
Kostenfeststellung**

261/2014

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 261/2014 zur Information vor.

Nach kurzer Diskussion mit Hinweis auf die Einhaltung der Kosten nimmt der Bauausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 7 **Verschiedenes**

Zebrastreifen beim Grünen Weg / Werbasweg

StR Rahm erläutert, dass die Situation an diesem Zebrastreifen sehr gefährlich ist. Er möchte, dass die Verkehrsschau sich dies intensiver anschaut. Er ist für eine Ampel mit Bedarfsschaltung, wie es sie schon in der Gaisentalstraße gibt.

Bahnhofsunterführung

StRin Kübler bittet darum, sich die alte Bahnhofsunterführung anzuschauen. Diese ist wenig bürgerfreundlich, dunkel und müsste gereinigt werden und geruchsfrei gemacht werden.

BM Kuhlmann erklärt, dass diese Unterführung bereits mehrmals angeschaut wurde. Die Beleuchtung wird hier verbessert werden, die Blumenkübel werden entfernt und ein Mittelstreifen angebracht.

Breitbandnetz in Biberach

StR Kolesch erklärt, dass in der gestrigen Schwäbischen Zeitung ein Artikel über den Ausbau des Breitbandnetzes in Ummendorf zu lesen war. In dem Bericht stand, dass der komplette Vorwahlbereich 07351 davon betroffen ist. Er weist darauf hin, dass es auch in Biberach Bereiche, z. B in der Kernstadt, gibt, die nicht gut versorgt sind.

BM Kuhlmann gibt bekannt, dass zu diesem Thema ein Gespräch mit der Telekom bereits in der nächsten Woche stattfindet. Ziel ist es, das gesamte Stadtgebiet gut zu versorgen.

OV Wachter möchte wissen, ob bei dem Ausbau auch die Ortsteile berücksichtigt sind.

BM Kuhlmann ist der Meinung, dass zumindest Stafflangen nicht dabei ist. Die anderen Ortsteile sind ihm zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Bauausschuss, 22.01.2015, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: BM Kuhlmann

Stadtrat: Keil

Stadtrat: Hagel

Schriftführerin: Krug

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: EBM Wersch